

## Fragen / Aufträge

**Vorlage:** Volksinitiative «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative)»

### Auftrag 1

Lesen Sie den Text und beantworten Sie die nachfolgenden Fragen.

**Atomausstiegsinitiative: Eine Frage der Sicherheit?** (*Neue Zürcher Zeitung*, 05.10.2016)

*Fukushima war der Auslöser für die Grünen, die Atomausstiegsinitiative zu lancieren. Kernargument ist die Sicherheit. Die Initianten glauben, die Versorgungslücke sei mit Erneuerbaren wettzumachen.*

Amelie soll, wenn sie erwachsen ist, in einer Schweiz ohne Kernkraft leben. Kindergesichter wie jenes von Amelie, von Jonas oder Sofie stehen in der Abstimmungskampagne der Atomkraftgegner für die Zukunft. Eine Zukunft, die sicherer sein soll dank der Volksinitiative «für einen geordneten Atomausstieg», die am 27. November zur Abstimmung kommt. Am Mittwoch hat die Koalition aus Grünen, SP, Grünliberalen, EVP und Umweltorganisationen wie Greenpeace, WWF oder Pro Natura den Abstimmungskampf eröffnet.

### Eine schwierige Rechnung

Die Forderung nach dem Atomausstieg wurde nach der Katastrophe im japanischen Fukushima vor fünf Jahren populärer denn je. Fukushima war nicht nur der Auslöser für die Volksinitiative der Grünen, sondern auch für die bundesrätliche Energiestrategie 2050, deren ersten Teil das Parlament mit 120 zu 72 Stimmen bei 6 Enthaltungen soeben verabschiedet hat. Auch diese Energiestrategie sieht vor, dass keine neuen AKW mehr gebaut werden können. Sie lässt allerdings offen, wie lange die fünf bestehenden Reaktoren noch am Netz bleiben sollen. Die Initiative hingegen will eine maximale Laufzeit von 45 Jahren in die Verfassung schreiben – und damit die Stilllegung aller AKW ab 2017 bis 2029 (vgl. Kasten).

Für Mühleberg erübrigt sich die Forderung. Das Stromunternehmen BKW hat bereits entschieden, dieses AKW bis Ende 2019 einzustellen. Um das Sicherheitsrisiko der Reaktoren zu verdeutlichen, verweisen die Initianten gerne auf Beznau I. Es ist mit 47 Jahren das dienstälteste [kommerziell genutzte] AKW der Welt und steht seit März 2015 wegen Sicherheitsabklärungen still; im Stahl des Reaktordruckbehälters waren Anomalien festgestellt worden. Dennoch will die Axpo den Reaktor wieder ans Netz bringen und bis gegen 2030 laufen lassen. Nur die Initiative könne dieses «riskante Experiment» stoppen, sagte die Grünen-Chefin Regula Rytz vor den Medien.

Die Initiative wirft vor allem zwei Fragen auf: Kann die Lücke in der Stromversorgung kompensiert werden? Und: Was kostet es? Laut dem gegnerischen Komitee, in dem sich rund 140 Parlamentarier von SVP, FDP, CVP und BDP zusammengeschlossen haben, stünde bei einer Annahme der Initiative die Versorgungssicherheit auf dem Spiel, die Abhängigkeit von importiertem Kohlestrom würde steigen – und wegen der vorzeitigen Stilllegung würden Entschädigungsforderungen der Betreiber «in Milliardenhöhe» drohen.

Die Initianten halten wenig von diesen Einwänden. Ihr Tenor lautet: Deutschland macht es vor – warum sollte es nicht auch in der Schweiz gelingen? Jean-Michel Bonvin, Vertreter eines Unternehmens, das im Bereich der erneuerbaren Energien tätig ist, rechnete am Mittwoch vor, dass Deutschland bereits letztes Jahr 126 Terawattstunden (TWh) mit Erneuerbaren produziert habe; bei einem ähnlichen Effort könnte die Schweiz 15 TWh produzieren. Heute sind es 3 TWh, gemäss Energiestrategie 2050 sollen es bis 2035 11,4 TWh sein; die fünf

AKW erzeugten 2015 rund 22 TWh oder knapp 40 Prozent des gesamten Stromverbrauchs in der Schweiz.

### Kosten zweitrangig

Die Initianten wissen, dass der Atomausstieg Kosten verursacht. Diese seien aber als Investitionen in die Wirtschaft und in Jobs – Stichwort: Cleantech – zu betrachten. Die AKW seien ein Verlustgeschäft und Entschädigungsforderungen daher unrealistisch. Der Bundesrat erkennt jedoch ein Risiko solcher Forderungen – zumindest für nicht amortisierbare Investitionen der Betreiber.

#### 2029 frei von Atomenergie

st. · Die Initiative «für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie» wurde von den Grünen 2011 nach der Katastrophe von Fukushima lanciert. Sie verlangt, dass keine neuen AKW mehr gebaut und die bestehenden fünf Anlagen nach 45 Betriebsjahren abgeschaltet werden.

Wörtlich heisst es erstens: «Der Betrieb von Kernkraftwerken zur Erzeugung von Strom oder Wärme ist verboten.» Zweitens soll die künftige Energiepolitik auf Energiesparen, effiziente Nutzung und auf erneuerbare Energien ausgerichtet sein. Drittens – und das ist der Hauptpunkt – sollen die bestehenden Anlagen, die heute rund 40 Prozent der Stromproduktion ausmachen, nach einem fixen Plan endgültig ausser Betrieb genommen werden: Beznau I, der 1969 gebaute und damit älteste Reaktor der Schweiz und der Welt, muss gemäss Initiative ein Jahr nach Annahme vom Netz. Für die andern, also für Beznau II (in Betrieb seit 1971), Mühleberg (1972), Gösgen (1979) und Leibstadt (1984), gilt eine maximale Laufzeit von 45 Jahren. Daraus ergibt sich, dass drei von fünf AKW, nämlich Beznau I und II sowie Mühleberg, bereits 2017 abgeschaltet werden müssen, Mühleberg sogar noch ein Jahr vor der bereits beschlossenen Ausserbetriebnahme 2019. Gösgen würde 2024 und Leibstadt 2029 folgen.

Die Initiative ist auch vor dem Hintergrund der Energiestrategie 2050 zu sehen, deren erstes Paket in der Herbstsession verabschiedet worden ist. Auch die Energiestrategie sieht ein Ende der Atomkraft vor, indem sie den Bau und Betrieb neuer AKW verbietet. Für die bestehenden Anlagen sieht das Parlament jedoch keine fixen Laufzeiten vor. Verworfen wurde auch die Pflicht, dass die Betreiber ab 40 Jahren Laufzeit alle 10 Jahre Langzeitbetriebskonzepte vorlegen müssen. Die jetzigen Anlagen sollen gemäss den bisherigen Bestimmungen im Kernenergiegesetz so lange laufen, wie die Aufsichtsbehörde Ensi die Anforderungen der nuklearen Sicherheit als erfüllt beurteilt. Ein politisch verordneter Ausstieg vor dem technischen Ende der Anlagen würde Schadenersatzforderungen nach sich ziehen.

a) Erklären Sie kurz, was die Volksinitiative anstrebt.

---

---

---

---

---

---

b) Erklären Sie kurz, weshalb die Volksinitiative lanciert wurde und wie das Initiativkomitee argumentiert.

---

---

---

---

---

---

c) Wer befürwortet die Initiative?

---

---

d) Wie hat der Bundesrat auf den Vorfall in Fukushima reagiert?

---

---

---

---

---

---

e) Was für Vorbehalte haben die Gegner der Volksinitiative?

---

---

---

---

---

---

f) Was entgegnen die Initianten auf die gegnerischen Vorbehalte?

---

---

---

---

---

---

**Auftrag 2**

Lesen Sie die nummerierten Argumente für und gegen die Volksinitiative. Ordnen Sie die Nummern anschliessend den Befürwortern oder den Gegnern zu.

1. Beznau I steht seit mehr als einem Jahr wegen Sicherheitsproblemen still, und die Schweiz produziert immer noch mehr Strom, als sie verbraucht.
2. Da die notwendigen Ersatzkraftwerke nicht rechtzeitig im Inland gebaut werden können, blieben als Alternative nur massiv mehr Stromimporte aus dem Ausland. Dazu ist unser Stromnetz heute noch nicht bereit. Zudem macht dies unser Land noch abhängiger vom Ausland. Auch aus ökologischer Sicht wären massiv höhere Stromimporte höchst problematisch. Denn aus Schweizer Steckdosen würde in erster Linie ausländischer Kohlestrom fliessen.
3. Es ist unmöglich, die hochkomplexe Planung für die Abschaltung der AKW innerhalb von so kurzer Zeit zu bewerkstelligen. Eine solche Kurzschlusshandlung bringt einzig Unsicherheit, Gefahren und Chaos in die Schweizer Stromversorgung.
4. Kaum ein anderes Land ist besser positioniert für die Energiewende als die Schweiz: Zwei Drittel der Stromproduktion sind bereits erneuerbar, ein Drittel müssen wir innert 13 Jahren noch zubauen. Wasserkraft, Solar- und Windkraftwerke ergänzen sich optimal: Die in den Stauseen gespeicherte Energie versorgt die Schweiz dann mit Strom, wenn weder Sonne noch Wind verfügbar sind. Die Technologien zur Nutzung der erneuerbaren Energien sind vorhanden, praxiserprobt und bezahlbar.
5. Schalten wir die Werke aus politischen Gründen vorzeitig ab, drohen Entschädigungsforderungen der Betreiber. Es drohen also nicht nur weniger Versorgungssicherheit, mehr Abhängigkeit und mehr Kohlestrom aus dem Ausland, sondern auch jahrelange und teure Prozesse und drohende Kosten in Milliardenhöhe. Hinzu kommen massive Kosten für den vorzeitigen Neu- und Ausbau von Kraftwerken und ungedeckte Kosten für die Stilllegung der Kraftwerke.
6. Es wurde noch nie ein AKW länger kommerziell betrieben als Beznau I – das ist ein gefährliches Feld-Experiment. Auch Mühleberg und Beznau II gehören zu den ältesten AKW der Welt. Zentrale Bauteile wie der Reaktor lassen sich nicht erneuern und altern vor sich hin. Damit ist das Risiko massiv erhöht, dass auch hierzulande ein Unglück geschieht.
7. Der Betrieb eines AKW schafft nur wenige Arbeitsplätze in der Schweiz. Pro Reaktor arbeiten etwa 400 Beschäftigte. Ganz anders sieht es bei den erneuerbaren Zukunftsenergien aus. Sie schaffen dauerhafte und sinnstiftende Arbeitsplätze im Inland, insbesondere auch in strukturschwachen Regionen.
8. Bereits im Winter des nächsten Jahres würden 15 Prozent der Stromproduktion wegfallen. Bis 2029 wären es gar 40 Prozent. Es ist illusorisch, innert nur eines Jahres so gewaltige Produktionskapazitäten aus dem Boden zu stampfen – die Versorgungssicherheit wird aufs Spiel gesetzt. Der überstürzte Ausstieg führt damit zwingend zu mehr Import von Kohle- und Atomstrom.

9. Bis heute ist keine der Vorhersagen einer Stromlücke eingetroffen. Die Deckung unseres künftigen Strombedarfs mit erneuerbaren Energien und Effizienzmassnahmen ist gemäss detaillierten Szenarien von Greenpeace bis 2024 möglich. Auch vorsichtige Berechnungen des Bundesamtes für Energie zeigen die Machbarkeit klar auf.
10. Im Gegensatz zu immer günstigeren Produktionskosten für erneuerbare Energien, steigt der Kapitalbedarf für Sicherheitsinvestitionen in AKW stark an. Gleichzeitig sinkt der Ertrag. Zudem kostet der Import von Kernbrennstoffen die Schweiz jährlich rund 180 Mio. Franken, während Sonne und Wind als Energiequelle kostenlos zur Verfügung stehen.
11. Eine politisch motivierte Laufzeitbeschränkung belastet nicht nur die Steuerzahlenden, sondern vernichtet ebenso bestehendes Volksvermögen. Die Kernkraftanlagen gehören nämlich zu 85 Prozent der Schweizer Bevölkerung. Beträchtliche Anteile des Vermögens von Kantonen, Städten und Gemeinden stecken in den regionalen und kantonalen Elektrizitätsversorgungsunternehmen. Diese Beteiligungen wären von einem auf den anderen Tag weniger wert.
12. Gemäss dem Schweizer Kernenergiegesetz sind die Betreiber der Werke für die Sicherheit verantwortlich. Sie müssen alle notwendigen Schutzmassnahmen nach international anerkannten Grundsätzen treffen. Sie stehen zusätzlich unter genauer Beobachtung und werden entsprechend kontrolliert. Die Kontrollmechanismen funktionieren. Die Analyse des Unglücks in Fukushima hat gezeigt, dass die Schweizer Kernkraftwerke seit über zwei Jahrzehnten über die Sicherheitssysteme verfügen, die in Japan fehlten.

Befürworter	Gegner

Schreiben Sie einen Leserbrief, welcher wie folgt unterteilt ist: Erklärung (worum geht es?), Hinweise und Zusammenhänge aufzeigen, Darstellung der eigenen Meinung, Gewichtung der Argumente und Schlussfolgerung.

Teilen Sie Ihre Klasse anschliessend in kleinere Gruppen auf, je bestehend aus Befürwortern und Gegnern der Volksinitiative, und diskutieren Sie ausgewählte Leserbriefe und die darin vorgebrachten Pro- und Contra-Argumente.

**Auftrag 3**

Schauen Sie den Ausschnitt aus der [Pressekonferenz](#) der Bundesrätin Doris Leuthard vom 11. Oktober 2016 an und beurteilen Sie, ob die nachfolgenden Aussagen richtig sind oder falsch. Korrigieren Sie die falschen Aussagen.

- a) Der Bundesrat und das Parlament unterstützen die Volksinitiative und empfehlen sie zur Annahme.

---

---

---

- b) Die Volksinitiative und die bundesrätliche Energiestrategie 2050 zielen beide darauf ab, den Energieverbrauch zu reduzieren, die Energieeffizienz zu steigern, erneuerbare Energiequellen zu fördern und den Bau neuer Kernkraftwerke zu verbieten.

---

---

---

- c) Der neue Verfassungsartikel, welcher mit der Volksinitiative eingeführt werden soll, kann nicht direkt angewendet werden. Die Details müssen zuerst in einem Bundesgesetz geregelt werden, welches dem fakultativen Referendum untersteht.

---

---

---

- d) Der Bundesrat sieht in der Kernkraft die Zukunft der Schweizer Stromversorgung und lehnt die Volksinitiative aus diesem Grund ab.

---

---

---

- e) Nach Meinung des Bundesrates sind das Schweizer Stromnetz und die einheimische Stromproduktion in der Lage, die Produktionslücke bei der raschen Abschaltung der AKW aufzufangen.

---

---

---

- f) Bereits mit der heutigen Gesetzgebung ist der Ausstieg aus der Atomenergie absehbar und das Verbot neuer AKW aufgegleist.

---

---

---

- g) Im Gegensatz zur Volksinitiative sieht die Energiestrategie 2050 vor, dass die bestehenden Kernkraftwerke erst nach 55 statt 45 Jahren abgeschaltet werden müssen.

---

---

---



**Auftrag 4**

Lesen Sie den Text und beantworten Sie die nachfolgenden Fragen.

**Finanzierungsaffäre um Atomausstieg: Grüne zerfleischen sich** (*Blick, 13.10.2016*)

*BERN – Linke Verfechter von Transparenz reiben sich ob der Geh[e]imniskrämerei der Grünen die Augen. Die Partei selbst zeigt sich uneinsichtig.*

Die Grünen und ihre Mitstreiter gegen die Atomkraftwerke schwimmen im Geld! Zwei Millionen Franken können sie im Kampf um Ja-Stimmen für ihre Initiative ausgeben. Dass sie aber konsequent verschweigen, welche der rund 40 unterstützenden Organisationen sich wie stark engagieren, sorgt in der linken Politszene für Kopfschütteln.

Nicht einmal die Grünen selbst wollen verraten, wie viel Geld sie investieren – obwohl die Partei Mitglied im Trägerverein der Transparenz-Initiative ist. Diese verlangt die Offenlegung von Spenden über 10'000 Franken. SP-Nationalrätin Nadine Masshardt, Co-Präsidentin des Trägervereins, zeigt denn auch «kein Verständnis» für die Geheimniskrämerei.

Die Berner AKW-Gegnerin hält fest: «Wer seine Vorbildfunktion nicht wahrnimmt, macht sich angreifbar und unglaubwürdig.» Diese Position vertritt auch alt Nationalrat Jo Lang. Der langjährige Vordenker der Grünen kritisiert: «Diese Praxis widerspricht grünen Prinzipien.» Beträge über 10'000 Franken müssten zwingend ausgewiesen werden. «Ich erwarte von meiner Partei, dass sie sich an die Vorgaben der Initiative hält.» Wortkarger gibt sich die aktuelle Parteilite.

**Gegenseitige Schuldzuweisungen**

Egal ob Präsidentin Regula Rytz, Fraktionschef Balthasar Glättli oder Nationalrätin Lisa Mazzone, die ebenfalls Co-Präsidentin der Transparenz-Initiative ist – sie alle zeigen mit dem Finger auf die anderen und fordern «gleiche Regeln» für alle.

Stellvertretend Glättli: «Wir sind bereits jetzt transparenter als die Gegenseite. Wenn die Gegenseite bei voller Transparenz mitmacht, würden wir das sicher auch.» An Realsatire grenzt die Stellungnahme der Jungen Grünen: «Die Jungen Grünen setzen sich konsequent und vehement für Transparenz in der Politik-Finanzierung ein. Im Fall der Ausstiegs-Initiative haben wir aber Verständnis, dass diese nicht geschaffen wird, denn es sind sehr viele Organisationen beteiligt. Jene Organisationen leisten alle eine andere wichtige Eigenleistung, welche nicht fair wäre, einfach öffentlich hochzurechnen.»

a) Weshalb werden die Initianten der Atomausstiegsinitiative kritisiert?

---

---

---

---

---

---

b) Was für Gründe können dafür sprechen, Spenden an Parteien und Abstimmungskampagnen offenzulegen?

---

---

---

---

---

---

c) Was für Gründe können gegen eine Offenlegung von Spenden sprechen?

---

---

---

---

---

---

d) Im Artikel ist von der Transparenz-Initiative die Sprache, welche die Offenlegung von Spenden von über 10'000 Franken verlangt. Was ist der aktuelle Stand der Initiative? Suchen Sie den aktuellen Stand sowie den Wortlaut der Initiative auf der Homepage der [Bundeskanzlei](#). Nennen Sie ausserdem drei der Urheber der Initiative.

---

---

---

---

---

---